



Montag, 23. Juni 1975

Blatt 1530

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Wiener Gemeinderat  
(rosa) 200 Rathaus-Lehrlinge freigesprochen
- Lokal: Am kommenden Montag beginnt das Wiener  
(orange) Ferienspiel
- Kultur: Prinzipieller Konsens zwischen Kommunalverwaltung  
(gelb) und Vertretern des "Zentrum Amerlinghaus"  
Galerie Hartmann: Ausstellung Repa-Peck
- Sport: Exodus aus den Gasthäusern: Moderne Sportstätten  
(grün) für "Wiens starke Männer"

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

## 200 rathaus-Lehrlinge freigesprochen

1 wien, 23.6. (rk) im festsaal des wiener rathauses fand kuerzlich fuer 200 buerolehrlinge der stadt wien eine abschlussfeier anlaesslich der beendigung ihrer lehrzeit statt.

personalstadtrat kurt h e l l e r wies in seiner festansprache darauf hin, dass mit dem abschluss der lehrzeit fuer die jungen gemeindebediensteten ein neuer lebensabschnitt beginne. heller gab seiner hoffnung ausdruck, dass sie nun alle nach besten kraefte fuer das wohl der wiener arbeiten werden.

anschliessend uebergab der personalstadtrat an 162 maedchen und 38 burschen diplome und golddukat.

die ausgezeichneten leistungen wurde mit einem vierfachen dukaten, die sehr guten mit zwei einfachen honoriert. der erfolgreiche abschluss wurde mit einem diplom und dem staatsbuergerbuch belohnt.

bei der abschlussfeier waren auch der vorsitzende der gewerkschaft der gemeindebediensteten, rudolf p o e d e r, sowie gemeinderaeete und hohe beamte der stadtverwaltung anwesend. (ka)

0950

L o k a l :

\*\*\*\*\*

am kommenden montag beginnt das wiener ferienspiel

2 wien, 23.6. (rk) am kommenden montag, dem 30. juni, beginnt heuer das wiener ferienspiel. die spielpaesse werden derzeit ueber die wiener schulen verteilt. nach spielbeginn koennen interessierte weitere spielpaesse in der rathaus-information in der schmidthalle des wiener rathauses beziehen. an neuen aktionen im rahmen des ferienspiels, das wieder in zwei variationen fuer 6- bis 10jaehrige beziehungsweise 10- bis 14jaehrige veranstaltet wird, gibt es den zweiten teil der aktion blumenzwiebel, ein verkehrsspiel, fahrten mit der u-bahn, einen lehrpfad im lainzer tiergarten, einen spaziergang durch das historische wien und einen besuch am bauernhof.

beim zweiten teil der aktion blumenzwiebel koennen die kinder die ihnen im mai vom stadtgartenamt zur pflege uebergebenen gladiolen dem stadtgartenamt zurueckbringen, das sie in einer parkanlage einsetzen wird. die rueckgabeaktion wird zwischen 14. und 18. juli jeweils von 12 bis 15 uhr an allen ausgabestellen des stadtgartenamtes durchgefuehrt. an allen samstagen ab 5. juli koennen die kinder im rahmen des ferienspiels von 13 bis 17 uhr von der u-bahn-station taubstummengasse aus eine probefahrt mit der u-bahn machen. im lainzer tiergarten gibt es einen lehrpfad: die kinder koennen sich dabei beim wandern wissenswertes ueber pflanzen und tiere aneignen. wissenswertes ueber die historische entwicklung wiens und den niederschlag dieser entwicklung in seinen wichtigsten innerstaedtischen bauwerken vermittelt ein spaziergang durch das herz von wien, bei dem mitglieder des vereins fuer geschichte der stadt wien die kinder betreuen. erstmals werden im rahmen des ferienspiels wiener kinder auch gelegenheit haben, einen bauernhof im burgenland zu besuchen.

neben allen diesen neuen initiativen gibt es auch die bereits in den vergangenen jahren aeusserst erfolgreichen programmpunkte wie die fahrt zum spiel, baederbesuche, besuche in museen, im planetarium oder in staedtischen buechereien, kinoauffuehrungen, malaktionen und sportplaetze der offenen tuer. auch der kasperl

23. juni 1975

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1533

ist wieder mit von der partie. schliesslich werden die kinder wieder gelegenheit haben, verguenstigt buecher oder instrumente zu kaufen.

die aktionen des ferienspiels werden heuer am 14. august abgeschlossen. mit der abgabe der teilnehmerkarten nehmen die kinder automatisch an einer verlosung teil, deren gewinner ihre ''wuensch-dir-was-preise'' erhalten. den abschluss bildet wie alljaehrlich eine grosse veranstaltung in der wiener stadthalle am 5. september, um 15 uhr. (may)

0955

k u l t u r :

=====

## galerie hartmann: ausstellung repa-peck

3 wien, 23.6. (rk) in der galerie hartmann eroeffnete kuerzlich sportstadtrat kurt h e l l e r die ausstellung waltraud r e p a . .

die kuenstlerin waltraud repa-peck ist mehrmalige staatsmeisterin im florett-fechten, was auch zweifellos in ihren graphiken deutlich zum ausdruck kommt. sie bindet das erlebnis des sports in ihren werken ein. es sind bewegungsstudien, die vom gefuehl des eigenen koerpers bestimmt sind, und in denen immer wieder die posen des fechtens auftauchen. ihre blaetter bedeuten eine schoene verschmelzung sportlicher erlebnisse mit der kunst.

die ausstellung ist noch bis 3. juli in der galerie hartmann, 9, tuerkenstrasse 17, geoeffnet. (ka)

0957

## s p o r t :

=====

exodus aus den gasthaeusern:

moderne sportstaetten fuer "wiens starke maenner"

4 wien, 23.6. (rk) wie der stellvertretende leiter des sportamtes der stadt wien, ex-europameister im schwergewicht, ing. franz h o e l b l , der "rathaus-korrespondenz" mitteilte, wurde jetzt eine reihe von gewichthebervereinen aus den extrazimmern von gaststaetten herausgeholt. so konnte der athletik-klub simmering in die rundturnhalle in kaiser-ebersdorf einziehen. die atzgersdorfer athleten schlugen ihr quartier in der rundturnhalle in der steiner-gasse auf, der ak-nelson in der grossfeldsiedlung, die athletikvereine "herrmann" und "wibeba" im zentrum kopfstrasse. auf dem neu errichteten "auto-platz" in der kendlerstrasse wurde ein neuer konditionsraum geschaffen, und schliesslich wurde fuer den gewichtheberverband ein leistungszentrum auf der staedtischen sportanlage in der laxenburger strasse gebaut, das im spaetsommer seinen betrieb aufnehmen wird. in diesem leistungszentrum wird vor allem auf die foerderung des nachwuchses groesster wert gelegt. diese sportstaetten, so erklaerte hoelbl, stehen den "starken maennern wiens" kostenlos zur verfuegung. (ka)

1000

k u l t u r :

=====

prinzipieller konsens zwischen kommunalverwaltung  
und vertretern des "zentrum amerlinghaus"

10 wien, 23.6. (rk) mit der feststellung eines prinzipiellen konsenses zwischen der kommunalverwaltung und dem "zentrum amerlinghaus" endete montag eine vorsprache von vertretern des zentrums bei vizebuergemeisterin gertrude froehlich-sandner, an der auch vizebuergemeister hubert pfoch, die gemeinderaeete edlinger und brosch sowie der bezirksvorsteher-stellvertreter vana teilnahmen. wie die vizebuergemeisterin feststellte, bestehe grundsaeztlich uebereinstimmung zwischen der kommunalverwaltung und der ig-spittelberg ueber die widmung des amerlinghauses als kommunikationszentrum. dass die kulturverwaltung der stadt die initiative der ig-spittelberg und ihrer unterabteilung, zentrum amerlinghaus, befuerworte, habe ja schon die unterstuetzung bei dem vor kurzem veranstalteten fest im amerlinghaus bewiesen. ueber die detaillierte gestaltung des kommunikationszentrums soll in einigen wochen ein weiteres gespraech stattfinden.

was die vom zentrum angestrebte zwischennuetzung des amerlinghauses bis zu dieser endgueltigen gestaltung betreffe, so gelte derzeit aus sicherheitsgruenden die von der baupolizei verfuegte sperre. vizebuergemeister pfoch sagte aber eine neuerliche ueberpruefung des bauzustandes in den naechsten tagen zu. fuer den fall, dass diese neuerliche ueberpruefung eine teilbenuetzung von raeumen des hauses moeglich mache, versprach vizebuergemeisterin froehlich-sandner, dass das landesjugendreferat diese raeume mieten werde, um sie dann dem aktionszentrum zu ueberlassen. (may)

Kommunal:

## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 23.6. (RK) Bürgermeister Leopold Gratz eröffnete Montag um 10 Uhr die viertägige Sitzung des Wiener Gemeinderates, in der vor allem der Rechnungsabschluß 1974 behandelt wird. Es lagen zwei Anfragen der FPÖ und eine der ÖVP vor, außerdem ein Antrag der FPÖ auf Einrichtung eines Schnellbahnverkehrs auf der Vorortelinie und ein Antrag der Bezirksvorstehung Neubau bezüglich der Planung für die Schutzzone Spittelberg.

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wurden die 23 Mitglieder der gemeinderätlichen Personalkommission - 8 Vertreter der SPÖ, 4 Vertreter der ÖVP, 11 Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - neu bestellt.

Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht

StR. Hans Mayr (SPÖ) berichtete über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien und den Kontrollamtsbericht für 1974. Der Kontrollamtsbericht hat eine neue Form: Erstmals wurde den kritisierten Abteilungen die Möglichkeit gegeben, dazu Stellung zu nehmen. Damit kann sich die politische Körperschaft ein besseres Bild machen. Das unterstreicht die Bemühungen der Mehrheit, die Verwaltung transparent zu machen. Das erfordert aber auch Toleranz seitens der politischen Körperschaften. Man muß unterscheiden zwischen Fehlern, wie sie eben bei jeder Arbeit passieren können, und Fakten, bei denen die politische Körperschaft eingreifen muß, um Mängel abzustellen. Im ganzen gesehen enthält der Kontrollamtsbericht für 1974 keine gravierenden Feststellungen.

Zum Rechnungsabschluß stellte Mayr fest, daß wirtschafts- politische Maßnahmen von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation abhängig sind. Der Voranschlag für 1974 wurde vor der Energiekrise, in einer Zeit der Konjunkturüberhitzung ausgearbeitet. Damals war das Hauptziel, den Preisauftrieb abzufangen und zugleich die Vollbeschäftigung zu sichern. Die Entwicklung entsprach nicht ganz den Erwartungen. Trotzdem war die Jahresrechnung günstiger als der Voranschlag: Die Einnahmen waren um 3,7 Milliarden S oder 13,4 Prozent höher, die Ausgaben um 3,5 Milliarden S oder 12,4 Prozent. Damit konnte die Endabrechnung um mehr als 200 Millionen S verbessert werden, trotzdem gab es erstmals einen Abgang, nämlich von 113 Mill.S.

Im Rechnungsabschluß scheint ein relativ hoher Zahlungsrückstand auf, der jedoch nur scheinbar ist. Gegen Jahresende wurden wegen der allgemeinen Entwicklung verstärkte Konjunkturimpulse gesetzt, für die dann im Dezember viele Rechnungen gelegt wurden, die aber längst beglichen wurden. Wien ist und bleibt, betonte Mayr, ein prompter Zahler.

Wiens Schulden sind nominell stark gestiegen, erklärte Mayr, dabei sind aber Darlehen für den Wohnungsbau und die Wohnungsverbesserung sowie die äußerst günstigen Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds nicht als echte Schulden zu werten. An wirklichen Schulden bleiben bei der Hoheitsverwaltung fünf Milliarden und bei den Stadtwerken 7,5 Milliarden Schilling.

Zur Ausgabensteigerung gehören auch Kapitalaufstockungen, vor allem 550 Millionen S für den Bauring. Mayr bekannte sich dazu, daß diese Maßnahme wirtschaftlich vernünftig war. Man kann nicht die Fehlleistung - oder mehr - der Unternehmensführung auf Kosten der 3.800 Arbeiter und Angestellten austragen. Durch einen Konkurs würden außerdem die Verluste nicht verschwinden. Der Schaden würde eher größer, wenn auch zum Teil auf Dritte abgewälzt.

Mayr verwies auf die Gründung der Wiener Holding, mit der die Stadt eine neue Form der Beteiligungsverwaltung erreichte.

Zur künftigen Entwicklung stellte Mayr fest, daß man mit einer weiteren Abschwächung der Konjunktur rechnen müsse. Die Einflüsse der anderen Industriestaaten werden stärker wirksam. Ein kleines, wirtschaftlich eng mit den Nachbarstaaten verbundenes Land kann diese Entwicklung nur begrenzt steuern.

Mayr betonte, daß Wien alle Möglichkeiten einer kompensatorischen Finanzpolitik in Übereinstimmung mit der Bundesregierung voll ausschöpfen wird. "Ich bin mir der Schwierigkeiten, aber auch der Chancen einer solchen Politik voll bewußt", sagte Mayr. In anderen Ländern - mit denen Österreich nicht unbedingt vergleichbar ist - wurde die volle Wirksamkeit der Maßnahmen zur Konjunkturbelebung erst erreicht, als ein Budgetdefizit von 30 bis 40 Prozent der Einnahmen erzielt war.

Die Stadt Wien hat, erklärte Mayr, seit März gezielt Konjunkturimpulse gesetzt. Im Raum Wien, wo sich die Maßnahmen

der Bundesregierung und der Landespolitik decken, ist die beste Beschäftigungslage von Österreich gegeben. Wien wird weiterhin eine Politik des bewußten Eingreifens in die Wirtschaft unter Einsatz aller Möglichkeiten betreiben, wobei die Sicherung der Vollbeschäftigung das oberste Ziel bleibt.

Mayr zitierte dann, was er einem privaten Unternehmer gesagt hat, der ihn fragte, ob er eine größere Investition vornehmen solle: Wenn jeder, der sich jetzt so etwas überlegt, die Investition vornimmt, dann wird sie sich nachträglich als richtig herausstellen. Wenn aber jeder, der vor dieser Entscheidung steht, die Investition zurückstellt, dann wird sich dieser Investitionsverzicht ebenfalls als richtig herausstellen. (sti)

### Debatte

#### Kritik der FPÖ

In den Mittelpunkt seiner Kritik an der Finanzpolitik der Stadtverwaltung stellte GR. Dr. Erwin Hirnschall (FPÖ) die Beteiligungen der Stadt und insbesondere die Finanzinjektionen für den Bauring. Die Beteiligungen seien gegenüber dem Jahr zuvor um mehr als das Sechsfache gestiegen. Hauptgrund dafür sei der vergebliche Versuch gewesen, den Bauring zu sanieren. Es bestätige sich, daß es besser gewesen wäre, den Bauring in Konkurs gehen zu lassen.

Die verfehlte Finanzpolitik der Gemeinden werde daraus ersichtlich, daß zwar der Personalaufwand gesunken sei, freiwerdende Mittel jedoch nicht den Investitionen zugute gekommen seien. Für wichtige Investitionen, wie Spitalsbauten und die U-Bahn seien die Mittel unverändert geblieben, für Kanalbau, Hochwasserschutz und Kindergärten - um einige Beispiele zu nennen - sei weniger Geld vorhanden gewesen als im Jahr zuvor. Beim kommunalen Wohnhausbau sei ein absoluter Tiefpunkt mit rund 2.350 fertiggestellten Wohnungen erreicht worden. Andererseits - rechne man alles in allem - müsse man beim Bauring mit einem Gesamtverlust von rund einer Milliarde Schilling rechnen. Aktivitäten zur Konjunkturbelebung und zur Arbeitsplatzsicherung hätten nicht jenen Platz eingenommen, der ihnen eigentlich zugestanden wäre. Seine Partei könne daher dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen.

ÖVP: keine Budgetwahrheit

GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) kritisierte, daß es in Wien die Budgetwahrheit noch immer nicht gebe. Er warf dem Finanzstadtrat vor, nach den Richtlinien des Richelieus zu handeln, der angeblich einmal gesagt haben soll: "Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muß er den profanen Blicken des Volkes entzogen werden".

Der Budgetabgang in der Höhe von rund 113 Millionen sei eine willkürliche Größe, da Kreditaufnahmen und Verwendung von Geld aus den Rücklagen nicht berücksichtigt worden seien, hätte man genau so gut ein ausgeglichenes Budget oder sogar ein Budget mit Überschuß ausweisen können. Würde man nur die Minusdifferenz zwischen laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben berücksichtigen, käme man zur richtigen Beurteilung. Unter dieser Voraussetzung würde der Abgang rund 3,8 Milliarden S betragen und damit 34 mal so groß sein wie der ausgewiesene. Der eigentliche Abgang betrage daher nicht 0,4 Prozent, sondern 14,2 Prozent.

Wöber richtete an den Finanzstadtrat die Anfrage, wie hoch Ende Mai die Verwaltungsschulden der Bundeshauptstadt Wien gewesen seien.

Auch bei den Einnahmen vermisse er Ehrlichkeit. Noch immer versuche der Finanzstadtrat durch versteckte Budgetreserven seine Position einerseits zu stärken und andererseits klare Kostenberechnungen zu verhindern. Zwei weitere Anfragen an den Finanzstadtrat hatten die Differenz zwischen vermögenswirksamen Ausgaben und Einnahmen und die bei Geldinstituten angelegten Mittel zum Inhalt. Wie schon in früheren Jahren wollte Wöber im Namen seiner Fraktion wissen, bei welchen Geldinstituten und zu welchen Konditionen die Mittel angelegt sind. (rp)

SPÖ: Beispiel für gute Wirtschaftspolitik

GR. Braun (SPÖ): der Abgang habe erstmals 113 Millionen Schilling betragen, jedoch aufgrund von öffentlichen Aufträgen. Diese Aufträge seien im Zusammenhang mit einer Konjunkturverflachung gerade zum richtigen Zeitpunkt erteilt worden.

Braun wandte sich gegen die Unterstellung, daß der Rechnungsabschluß nicht sorgfältig und den Gegebenheiten entsprechend erstellt worden sei. Er kritisierte auch die Versuche, eine Katastrophenstimmung in der Öffentlichkeit zu schaffen und wies in diesem Zusammenhang auf die Erhöhung der Spareinlagen und überhaupt auf die Wirtschaftslage in Wien hin, die alles andere denn katastrophal sei. In Wien gebe es lediglich in sechs Betrieben 216 Kurzarbeiter. Die Beschäftigtenzahl sei im Vergleich zum Vorjahr in Wien 1974 um 8.300 und 1975 um weitere 6.220 gestiegen, während die Zahl der Arbeitslosen im ersten Quartal dieses Jahres um 3,2 Prozent zurückgegangen sei. Das Beispiel Wien zeige, daß alle Anstrengungen unternommen werden, um die Arbeitsplätze zu sichern und die Serviceleistungen auf dem Gebiet Gesundheit zu verbessern. Die Investitionen der Stadt Wien seien ein Beispiel, wie man Wirtschaftspolitik machen kann.

Was den Bauring betreffe, so gehe es darum, die Schuldigen zu bestrafen. Die Beschäftigten dürften jedoch ihre Arbeitsplätze nicht verlieren. Der Rechnungsabschluß beweise, daß die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien von den Schwerpunkten Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum ausgehe. Zum Gesundheitswesen regte GR. Braun an, ob es nicht möglich wäre, den Ärztenotdienst in der Nacht auch an Wochentagen einzuführen.(am)

#### ÖVP fordert Bericht über UNO-City-Verpflichtungen

Als nächster Redner kritisierte ÖVP-Fraktionsführer GR. Fritz Hahn, daß die im Wiener Memorandum der SPÖ aufgestellten Forderungen von dieser nicht erfüllt worden seien.

Dies gelte ebenso für den Hochwasserschutz wie für die Sanierung der Wiener Krankenhäuser, die Sportförderung und den Ausbau des Telefonnetzes. Besonders gravierend sei die mangelnde Zusammenarbeit zwischen SPÖ-Bundesregierung und der SPÖ-Landesregierung, die zu einem Verschleppen der Festsetzung der Bundesbeiträge für U-Bahn-Bau und Hochwasserschutz führe.

Im Zusammenhang mit dem Projekt UNO-City wies der Redner darauf hin, daß die Fragen der Gewerbesteuerbefreiung, die Frage des Österreichischen Konferenzentrums, vor allem aber die Frage der von der Stadt Wien im Zusammenhang mit diesem Projekt übernommenen zusätzlichen Verpflichtungen im Bereich der Verkehrsplanung etc. ungeklärt seien. Er stellte daher namens seiner Fraktion einen Antrag, daß dem Gemeinderat als Mitfinancier der UNO-City ein umfassender Bericht des IAKW-Vorstandes im Zusammenhang mit den zusätzlich eingegangenen Verpflichtungen der Gemeinde Wien und allen sich daraus ergebenden Problemen vorgelegt werden soll. Dieser Bericht sollte folgende Fragenkreise umfassen: Die endgültige Verkehrsabwicklung zum Zeitpunkt der beabsichtigten UNO-City-Fertigstellung, den vertraglich zugesicherten Bedarf an Wohnungen, Schul- und anderen Einrichtungen für UNO-Bedienstete, die notwendige Abtragung von Objekten im Donaupark und die letzten Erkenntnisse Konferenzzentren im Zusammenhang mit der Schaffung des "Österreichischen Konferenzentrums".

Im Bezug auf die Wohnbausituation in Wien betonte der Redner, daß die Mehrheit des Wiener Gemeinderates mit ihren Beschlüssen über die Stadterneuerung den Intentionen der ÖVP-Fraktion gefolgt sei. Dies bringe aber einen starken Trend der Bevölkerung zum Wohnungseigentum mit sich. Die ÖVP-Fraktion beantrage daher, daß die Gemeinde Wien in Zukunft Zinsenzuschüsse für Grundanteilskredite für Eigentumswohnungen gewähren soll. (May)

#### Neue Wirtschaftsförderung

Speziell mit den Maßnahmen des Landes Wien zur Förderung der Wirtschaft beschäftigte sich GR. Sallaberger (SPÖ). Er verwies darauf, daß Wien mit dreizehn verschiedenen Kreditaktionen wie kein anderes Bundesland direkte Förderungsmaßnahmen setzt.

Die Palette reicht von Existenzgründungskrediten für Gewerbetreibende bis zu Modernisierungs- und Betriebsansiedlungshilfen. Die Verzinsung betrage null bis fünf Prozent, während sonst für Kredite zehn bis zwölf Prozent, zu zahlen sind. Auf dem Gebiete der Betriebsansiedlung wird Wien bald neue Wege beschreiten: Es ist daran gedacht, den Investoren direkte Prämien zu geben, und zwar in der Höhe von zehn Prozent der Investition bei Neubauten und von fünf Prozent bei Erweiterungen oder Erneuerungen. Neben den direkten Förderungsmaßnahmen hat Wien im Berichtsjahr mit gewaltigen Investitionen die Wiener Wirtschaft indirekt gefördert: So wurden allein für bauliche Investitionen 6,7 Milliarden Schilling ausgegeben, dazu kamen noch 1,6 Milliarden der Stadtwerke. An weiteren Investitionen, die der Wirtschaft zugute kamen, nannte Sallaberger 111 Millionen für Sportanlagen, 1,8 Milliarden für den U-Bahnbau sowie weitere 52 Millionen für U-Bahn-Waggons. Aber auch auf vielen anderen Sektoren der städtischen Investitionstätigkeit kamen gewaltige Geldmittel der Wiener Wirtschaft zugute: wie beispielsweise beim Bau von 20 Kilometer neuen Kanälen oder beim Bau von zwei Millionen Quadratmeter Straßen. Was das Trauma Bauring betrifft, bekannte sich Sallaberger voll und ganz zu den Prüfungsverfahren und zur Aufklärung der Angelegenheit. Man soll aber endlich so fair sein, die Leute endlich arbeiten zu lassen und nicht immer wieder von vorne mit den Vorwürfen beginnen. (smo)

#### Schlußwort Stadtrat Mayr

In seinem Schlußwort nahm Finanzstadtrat Mayr zu verschiedenen Anfragen Stellung. Die als übertrieben hoch bezeichneten Verwaltungsschulden bezifferte Mayr mit 1,814 Milliarden S per Ende April - ein Betrag, der sich in den normalen Grenzen bewegt.

Die Feststellung, der Bauring habe auch 1974 - in der Ära der neuen Geschäftsführung - eine Haftung übernommen, bezeichnete Mayr als unrichtig. Es sei zwar im Aufsichtsrat ein entsprechender Beschluß gefaßt worden, dieser Beschluß wurde jedoch nicht realisiert.

Zur Illustration, daß hinsichtlich der Unregelmäßigkeiten beim Bauring und Unregelmäßigkeiten bei privaten Unternehmen mit zweierlei Maß gemessen werde, erwähnte Stadtrat Mayr die Aufdeckung eines Kartells, die vor kurzem in Wien gelungen ist. Dreizehn Firmen, deren Leistungen die Stadtverwaltung in Anspruch zu nehmen gezwungen ist, hatten sich abgesprochen und gemeinsam überhöhte Angebote vorgelegt. Die Angebote wurden für alle bei einer Firma geschrieben. Der Wirtschaftspolizei ist es gelungen, alle Unterlagen zu beschlagnahmen, darunter auch die gesamte Buchführung. Es geht um Umsätze in Höhe von mehreren hundert Millionen Schilling - die Strafen werden vermutlich mit leichter Hand aus den Gewinnen bezahlt werden.

Die Kritik, Wien solle lieber eigene Rücklagen verwenden statt Darlehen aufzunehmen, bezeichnete Stadtrat Mayr als unseriös, zumal wenn im selben Augenblick darüber geklagt werde, daß die Rücklagen abnehmen.

Zum Vorwurf der Unterbudgetierung hinsichtlich der Bundesabgaben: Für diese Abgaben lagen Schätzungen des Finanzministeriums und der Verbindungsstelle der Bundesländer vor. Aus beiden Schätzungen wurde ein Mittelwert angenommen.

Zur Erweiterung des ärztlichen Notdienstes auch während der Woche: Die Stadtverwaltung leistet für den Notdienst während des Wochenendes einen Beitrag von 10 Prozent. Der Ärztekammer und der Gebietskrankenkasse wurde daher ein gleich hoher Beitrag für den geplanten Notdienst des nachts an Wochentagen vorgeschlagen.

Zum Bundesbeitrag für den Wiener U-Bahn-Bau: Die Gespräche mit dem Ziel einer Erhöhung werden kontinuierlich weitergeführt. Wien bringt 1975 für den Nahverkehr 3,5 Milliarden Schilling auf (2,5 Milliarden für den U-Bahn-Bau, 1 Milliarde für die Abdeckung des Defizits der Verkehrsbetriebe). Das Problem des Nahverkehrs in Ballungsräumen müsse neu durchdacht werden. Die Benachteiligung Wiens bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben illustrierte Finanzstadtrat Mayr mit folgenden Zahlen: In Wien werden 43 Prozent der gemeinschaftlichen Bundesausgaben aufgebracht, der Anteil Wiens daraus belaufe sich aber auf nur 25 Prozent.

Zum langsamen Bautempo beim AKH: Es dürfe nicht vergessen werden, daß bisher so gebaut werden mußte, daß alte, bestehende Kliniken funktionstüchtig blieben. Erst ab heuer könne mit allem erforderlichen technischen Einsatz gebaut werden.

Zur Schaffung von Eigentumswohnungen: Er sei kein Gegner des Wohnungseigentums, doch dürfe es nicht unter Verwendung öffentlicher Mittel geschaffen werden.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ. (we)

### Personal und allgemeine Verwaltung

An den Beginn seiner Ausführungen zum ersten Hauptstück - Personal und allgemeine Verwaltung - stellte der Amtsführende Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) den Dank an die rund 56.000 Gemeindebediensteten. Ein Rückblick auf das vergangene Jahr bringt den Beweis, führte Heller aus, daß wir unserem Ziel, die Verwaltung dieser Stadt zeitgemäßer und moderner zu gestalten, ein großes Stück näher gekommen sind; nicht zuletzt deshalb, weil die städtischen Bediensteten stets nach den neuesten Erkenntnissen aus- und weitergebildet wurden.

Es ist auch gelungen, für die Bediensteten eine Reihe von Verbesserungen zu schaffen. In wenigen Tagen, nämlich am 1. Juli, wird die vierte Etappe des Gehaltsübereinkommens eine Erhöhung von 11,8 Prozent bringen.

Die große Nachfrage zeigt, daß eine Anstellung bei der Gemeinde wieder attraktiv geworden ist. Ein echter Personalmangel besteht derzeit nur im Krankenpflagedienst und in einigen technischen Bereichen. Rund 22.000 Personen haben sich im abgelaufenen Jahr um Aufnahme beworben. Insgesamt wurden 9.600 aufgenommen. Auch das Interesse an einer Lehrausbildung ist sehr groß. Es wurden 309 Lehrlinge eingestellt, so daß 1974, 865 Burschen und Mädchen in Lehrausbildung standen.

Ein Beispiel für neue Organisationsformen ist das neue Fleischzentrum in St. Marx. Hier wurden die bisherigen Kompetenzen vom Marktamt und Veterinäramt, durch eine einheitliche, organisatorische, wirtschaftliche und technische Leitung zu einer neuen Dienststelle - der MA 55 - ersetzt.

Dadurch konnten allein 76 Dienstposten eingespart werden. Weitere Rationalisierungen konnten durch Anschaffung moderner Büromaschinen erzielt werden.

Rund 150.000 Personen wenden sich jährlich an die MA 61 - Bevölkerungswesen. Hier gilt vor allem der Grundsatz, dem Bürger rasche Hilfe angedeihen zu lassen. In den Standesämtern wurden 1974 18.290 Geburten, 10.592 Eheschließungen und 26.913 Sterbefälle registriert. Das ergab gegenüber 1973 eine Steigerung bei den Geburten von 2,3 Prozent, bei Eheschließungen eine Verringerung um 4,1 Prozent, während die Sterbefälle um 0,6 Prozent angestiegen sind.

Bemerkenswert war die am 1. August 1974 in Kraft getretene Gewerbeordnung. Die Stadt Wien hat zur besseren Information der Gewerbetreibenden in der MA 63 eine Servicestelle eingerichtet, die sich bestens bewährt hat.

Besondere Aktivitäten hat die neugeschaffene Magistratsabteilung für Sportangelegenheiten entfaltet. Neben der Fortsetzung der Großbauvorhaben für den Sport und der Flüssigmachung nicht unbeträchtlicher Mittel für die Sportförderung, ist es durch eine Vielzahl von Sportaktionen gelungen, vor allem junge Menschen zur regelmäßigen sportlichen Betätigung zu gewinnen.

Größten Zuspruchs erfreuten sich die "Sportplätze der offenen Tür", die echte Freizeitzentren geworden sind. Unter Aufsicht von geschulten Sportlehrern auf 16 Sportanlagen machten 52.000 Teilnehmer von den Sportmöglichkeiten Gebrauch.

Für Tischtennisfans standen drei Hallen zur Verfügung, die pro Tag 150 Sportinteressierte aufnahmen. Auch die Aktionen "Eltern-Kind-Schwimmen", "Lernt Schwimmen" und "Talentschwimmen" hatten Rekordbesuche. Das neue Stadthallenbad, das für Leistungssportler rund um die Uhr benützlich ist, wurde zum Mekka des österreichischen Schwimmsports. Außerordentlich beliebt sind die Wintersportaktionen: An den Jugendeislaufaktionen beteiligten sich 23.400 Kinder und Jugendliche. Die "Fahrt zum Schnee" zählte 4.513 Kinder. Unter der Devise "Langläufer leben länger" wird auf der Kunststofflope in Favoriten ein Ganzjahrestraining geboten, das von allen Altersgruppen benützt wird.

Stadtrat Heller betonte, daß 1974 für den Sport 205 Millionen Schilling aufgewendet wurden, denen Einnahmen von rund 21 Millionen Schilling gegenüberstanden. Mehr als 111 Millionen Schilling erforderten die Arbeiten an der Mehrzweckhalle im Prater, dem Sportzentrum West, dem Ausbau des Wiener Stadionbades, der Sportanlagen in der Laxenburger Straße, auf der Brigittenauer Lände und an der Hohen Warte.

Die Ausgaben für die direkte Sportförderung betragen 68,423.784 Schilling. Unter anderem wurden Turnsäle, Schwimmhallen, und Sporthallen gemietet und den Wiener Sportorganisationen für Training und Wettkampf kostenlos zur Verfügung gestellt.

Für sportliche Großveranstaltungen wie die Europameisterschaften 1974 im Schwimmen, Springen und Wasserball, die Europameisterschaft im Badminton und für die Vorbereitung der Weltmeisterschaften 1975 im Judo wurden namhafte Beträge bereitgestellt. (ka)

### Debatte

#### Mehrbelastung des Personals

In der Debatte bezeichnete GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) die Entwicklung der Personalkosten als positiv, nannte aber auch gleichzeitig den Grund dafür: Es seien nicht alle Dienstposten besetzt, was eine Mehrbelastung des Personals bedeute. Hirnschall trat im Interesse der Bediensteten für eine Fortführung der bisherigen Gehaltsübereinkommen, allerdings bei gleichzeitiger Wertsicherung der Bezüge, ein. Er meinte, die Inflationskosten würden gerade bei den öffentlich Bediensteten verspätet und nicht entsprechend abgegolten.

Was den Sport betrifft, so seien zwar die Auflagen 1974 erhöht worden, doch entfalle leider der Löwenanteil auf Großprojekte (Stadion, Hallenstadion, Hohe Warte, Weststadion). Es müsse sichergestellt werden, daß die großen Sportstätten nicht nur den Spitzenklubs, sondern der gesamten Bevölkerung und insbesondere der Jugend zur Verfügung stehen. GR. Hirnschall verlangte schließlich im Zusammenhang mit Geldüberweisungen aus Sportförderungsmitteln durch Verantwortliche der Wiener Stadthalle an den Boxmanager Zeller eine Oberprüfung.

### "Zulagenbandwurm"

GR. Prof. Zörner (ÖVP) nahm zu den mehr als tausend verschiedenenartigen Zulagen für Gemeindebedienstete Stellung. Die ÖVP habe seinerzeit schon auf die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Reform aufmerksam gemacht, doch der "Zulagenbandwurm" sei seither noch länger geworden. Zörner nannte einige Beispiele. Allein bei Beerdigungsarbeiten gebe es 57 verschiedene Zulagen. Der Redner meinte, daß hier viel zu vereinfachen wäre. Im Sinne einer modernen Verwaltung sollte bei der nächsten Neuberechnung der Zulagenkataloge darauf Rücksicht genommen werden.

### Kinder leiden an Haltungsschäden

GR. Ludwig (SPÖ) zitierte eine Untersuchung des Österreichischen Institutes für Jugendkunde, wonach Sport an der Spitze der bevorzugten Freizeitbeschäftigungen der Jugendlichen liegt.

Dennoch, so stellte der Redner fest, sei es ein Alarmzeichen, wie Schuluntersuchungen zeigten, daß immer mehr Kinder und Jugendliche an Haltungs-, Herz- und Kreislaufschäden leiden. Das alles sei auf Bewegungsmangel zurückzuführen. Hier richtete Ludwig einen Appell an die Eltern, ihre Kinder zu mehr körperlicher Betätigung, zu Sportausübung, zu veranlassen.

Die Stadt Wien sagt ein grundsätzliches "Ja" zum Spitzensport. "Wir wollen nicht reglementieren, sondern helfen" Die Stadt Wien will mit ihrer Unterstützung nicht den "Gladiatorenkauf" forcieren. Dennoch muß den Vereinen und Verbänden geholfen werden, doch auch sie sollen etwas dazu beitragen, um den Sport allen Wienerinnen und Wienern, auch ohne Vereinszugehörigkeit, zugänglich zu machen. (Ka)

### Bauordnung urgiert

GR. Dr. Krasser (ÖVP) reklamierte in seinen Ausführungen die seiner Meinung nach für das Frühjahr 1974 vorgesehen gewesene Verabschiedung der Novelle zur Wiener Bauordnung. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem "Versäumnis", wobei er die Schuld daran der neuen Geschäftseinteilung mit ihren "Mammut-Geschäftsgruppen" gab.

Zweifellos käme es dadurch zu einer Überforderung der einzelnen Stadträte. Die ÖVP werde als Oppositionspartei deshalb dem vorliegenden Rechnungsabschluß nicht zustimmen.

#### Legistische Maßnahmen

GR. Friederike Seidl (SPÖ) widmete sich den verschiedenen, im abgelaufenen Berichtsjahr durchgeführten legistischen Maßnahmen. Als Beispiele nannte sie unter anderem die Novelle zum Wiener Garagengesetz, womit es nunmehr möglich sei, Verbotszonen für den Garagen- und Tankstellenbau im Wohngebiet festzulegen. Mit der zur Zeit in der Begutachtung befindlichen 5. Novelle zur Straßenverkehrsordnung wird die Stadtverwaltung künftighin die Möglichkeit haben, ein Parkverbot für Schwerlastwagen und Tankwagenzüge im Stadtgebiet zu erlassen. Im Interesse der Wohnbevölkerung sei es bereits höchste Zeit, daß auf diesem Gebiet etwas geschehe. Abschließend dankte sie allen Bediensteten der Geschäftsgruppe für die von ihnen geleistete Arbeit. (Zi)

#### Rangordnung für Sportstättenprogramm

GR. Arthold (ÖVP) kritisierte in seinem Debattenbeitrag, daß das Sportstätten- und Bäderprogramm lediglich Aufzählungen beinhalte. Dagegen wäre nach Arthold eine Rangordnung und Aufstellung der Dringlichkeit besonders notwendig. Überhaupt fehlt eine wissenschaftliche Begründung des Bedarfes. So sei es symptomatisch, daß erst jetzt ein Versorgungsmodell in Ausarbeitung ist, in dem die Bevölkerungsverteilung berücksichtigt wird.

Arthold griff Mängel in der praktischen Durchführung von Projekten an. Namentlich erwähnte er das Wiener Hallenstadion und das Sportzentrum West. Gemeinderat Arthold richtete an den zuständigen Stadtrat Heller in diesem Zusammenhang mehrere Anfragen:

Aus welchen Gründen können beim Wiener Hallenstadion und beim Sportzentrum West Mittel nicht verbaut werden und wodurch treten Verzögerungen auf?

Wann ist mit der Fertigstellung des Hallenstadions zu rechnen und welche Funktion wird dieses Stadion im Wiener Sportkonzept einnehmen?

Wann ist mit der Fertigstellung des Sportzentrums West zu rechnen?

Die ÖVP, so Arthold, begrüßt auch im Sportstätten- und Bäderprogramm die Privatinitiative. Es wurde positiv vermerkt, daß Stadtrat Schieder die Förderung von Privatbädern ausdrücklich forcieren. Positiv ist auch, daß die Verwaltung der Rundturnhallen direkt dem Sportamt unterstellt wurde.

Arthold kritisierte im weiteren, daß die Verwaltung der Tennisplätze auf dem WIG-Gelände der Kurverwaltung überlassen wurde. Warum könnten das auch nicht die Sportvereine selbst machen, fragte Arthold abschließend. (sei)

#### Vielfalt im Gemeindedienst

Als letzter Debattenredner gab GR. Pöder (SPÖ) eine Übersicht über die 56.000 im Gemeindedienst Beschäftigten. Mehr als die Hälfte, nämlich 28.355 davon seien in manuellen Berufen tätig, 26.864 im Verwaltungsschema beziehungsweise als Lehrer, 1.128 als Lehrlinge. Die ungeheure Vielfalt von Berufen im öffentlichen Dienst bringe auch eine Vielfalt von Nebengebühren mit sich. Es verstehe sich von selbst, daß die Nebengebühren bei der Müllabfuhr von anderer Art sein müssen als etwa beim Kindergarten oder Büropersonal. Darum könne niemand - auch bei aller Bemühung um Verwaltungsvereinfachung - annehmen, daß der Nebengebührenkatalog auf einen Bruchteil seines jetzigen Umfangs verkleinert werden könne.

Der Redner ging weiter auf die Problematik der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst bei gleichzeitiger Beibehaltung der Dienstpragmatik ein und verwies darauf, daß nach vorsichtigen Schätzungen bei einer solchen Lösung etwa zehn Prozent der jetzt Voll-Berufstätigen auf die Teilzeitbeschäftigung ausweichen würden. Was das etwa auf dem Sektor des Krankenhauspersonals bedeute, könne man sich ja vorstellen. Daher erscheine eine Teilzeitbeschäftigung auf privatrechtlicher Basis, wie sie ja derzeit bereits möglich sei, doch vorerst die bessere Lösung zu sein.

Abschließend ging der Redner noch auf Fragen des Besoldungsschemas der öffentlich Bediensteten bei Land und Bund ein und verwies darauf, daß es widersinnig sei, einerseits von der öffentlichen Hand immer mehr und intensivere Dienstleistungen zu erwarten, andererseits aber das Schlagwort von den Beamten, die den Staat fressen, in den Mund zu nehmen. (may)

Schlußwort Heller

Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) dankte in seinem Schlußwort für die Anregungen, die er in den Debattenbeiträgen erhalten habe. Insbesondere Gemeinderat Pöder habe ihm durch seine Klarstellungen viel Arbeit abgenommen, da sich seine Auffassungen mit seinen eigenen deckten. Zur Kritik am Zulagenkatalog der Gemeindebediensteten: allein das Beispiel der 300 Schulwarte Wiens zeige, daß eine Vereinfachung sehr schwierig sei. Seit einem Dreivierteljahr werde daran gearbeitet. Nun stehe man vor dem Abschluß.

Zum neuen Dienst- und Besoldungsrecht: von einer Weisung des Bundes könne keine Rede sein. Die Vertreter der Gebietskörperschaften hätten ihre eigene Meinung und wüßten diese Meinung auch kundzutun. Er, Heller, sei zuversichtlich, daß Ende dieses Jahres eine Regelung für 1976 oder vielleicht sogar auch für einen längeren Zeitraum möglich sei. Zu der von GR. Dr. Krasser (ÖVP) geäußerten Kritik, daß die neue Bauordnung für Wien noch immer nicht fertiggestellt sei, meinte der Stadtrat: die Oberarbeitung des seinerzeitigen Entwurfes - er kam in der Zeit zustande, als Dr. Krasser Stadtrat und dafür zuständig war - habe gezeigt, daß dieses Gesetz nicht vollziehbar gewesen wäre. Unter anderen habe auch die Ingenieurkammer für Wien vehement gegen diesen Entwurf Stellung genommen und es habe nun einige Zeit gedauert, einen Konsens aller Fachleute zu finden.

Zum Thema Sport gab Heller die Zusicherung ab, daß künftig einfache Bezirkssportanlagen im Mittelpunkt der Investitionen stehen werden. Großsportanlagen müßten allerdings fertiggebaut werden, sie würden jedoch nicht nur von einigen Vereinen, sondern von der gesamten Bevölkerung benützt werden können. Er bedauere es selbst, daß das Sportstättenkonzept noch nicht fertiggestellt sei, der Landessportstättenleitplan sei jedoch in Ausarbeitung. Mit einer Fertigstellung sei in Kürze zu rechnen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Morgen Dienstag wird die Debatte des Gemeinderates über den Rechnungsabschluß fortgesetzt. Beginn 9 Uhr. Auf der Tagesordnung: Kapitel 3 (Kultur) und Kapitel 6 (Umwelt und öffentliche Einrichtungen). (rp)

Unterbrechung des Sitzungsberichtes